

SPD-Delegation besuchte den Bayer-Standort Bergkamen

Welche Voraussetzungen begünstigen wirtschaftlichen Wandel? Und welchen Beitrag kann die Politik dazu leisten? Diese Fragen standen kürzlich im Mittelpunkt einer von der Gewerkschaft IG BCE initiierten Gesprächsrunde bei Bayer in Bergkamen. An dem Gedankenaustausch über Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung nahm darüber hinaus neben Vertretern des Unternehmens eine hochrangig besetzte SPD-Delegation teil. Ihr gehörten die Bundestagsabgeordneten Peer Steinbrück und Oliver Kaczmarek, der Landtagsabgeordnete Rüdiger Weiß, Bürgermeister Roland Schäfer und der wissenschaftliche Mitarbeiter Miloš Milošević an.



Diskutierten über Strukturwandel und Beschäftigungssicherung (v. l.): Oliver Kaczmarek, Rüdiger Weiß, Roland Schäfer, Peer Steinbrück, Dr. Stefan Klatt, Lothar Wobedo und Heinz Georg Webers.

Der Bayer-Standort Bergkamen ist ein gutes Beispiel für erfolgreichen Strukturwandel. „Wo früher Flugbenzin aus Kohle gewonnen wurde, hat längst die Zukunft Einzug gehalten – in Form von pharmazeutischen Wirkstoffen für innovative Medikamente“, verdeutlichte der Betriebsratsvorsitzende Heinz Georg Webers. Standortleiter Dr. Stefan Klatt verwies in diesem Zusammenhang auf den hohen Stellenwert von Forschung und Innovation: „Zukunftssicherung bedeutet, Altes hinter sich zu lassen und stetig neue Ideen, Produkte und Geschäftsmodelle zu entwickeln.“

Dazu seien vor allem qualifizierte Mitarbeiter unerlässlich. Diese bildet Bayer zu einem großen Teil selbst aus – wofür das Unternehmen hohe Anerkennung von IG BCE-Bezirksleiter Lothar Wobedo erntete: „Bayer übernimmt als größter Ausbildungsbetrieb der Region nicht nur soziale Verantwortung, sondern bietet vielen jungen Menschen auch sehr gute berufliche Perspektiven.“ Einig waren sich alle Teilnehmer zudem darin, dass es noch besser gelingen müsse, speziell junge Frauen stärker für technische Berufe zu interessieren. „Wir werden es uns auf Dauer nicht leisten können, dieses Potential nicht optimal zu nutzen“, machte Steinbrück deutlich.

Der Finanzfachmann und frühere NRW-Ministerpräsident brachte auch die gemeinsamen Bedenken der Gesprächsrunde bei zwei weiteren Voraussetzungen für Strukturwandel auf den Punkt: „Sichere und zugleich bezahlbare Energie ist in Deutschland genauso gefährdet wie die Qualität der Bildung.“ Letzteres gelte noch dazu für alle Bereiche: „Angefangen von der Schule über die Ausbildung bis hin zur beruflichen Qualifizierung Älterer.“ Hier müsse sich die Politik stärker in die Pflicht nehmen und mehr Unterstützung anbieten.

Übereinstimmung bestand bei den Teilnehmer des Treffens außerdem darin, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland unter der weit verbreiteten Einstellung leidet, neue technische Entwicklungen weniger als Chance, sondern vielmehr als Risiko zu begreifen. Das erschwere es politisch Verantwortlichen wie Unternehmen, Innovationen umzusetzen und den Strukturwandel voranzubringen.